

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Rönischen Platz 2.

Inserate für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 1 M.
Bergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg.
Versammlungsanzeigen 30 Pfg.

Die Mitglieder sollen entscheiden!

Mit den zentralen Verhandlungen, die am 19., 20. und 21. August in Nürnberg geführt wurden, ist unsere Lohnbewegung noch nicht abgeschlossen. Die Zugeständnisse, welche den Vertretern des Arbeitgeber-Schutzverbandes schließlich abgerungen wurden, sind in der vom 21. August datierten Vereinbarung formuliert, die wir unten im Wortlaut wiedergeben. Diese Vereinbarung bedeutet aber noch keine Bindung für unsere Kollegen. Die Mitglieder selbst sollen ihre Entscheidung über die Vereinbarung fällen. Zu diesem Zweck ist auf den 2. September eine Städtekonferenz nach Berlin berufen.

Teuerungszulagen im Gesamtbetrag von 20 bis 25 Pf. für männliche Arbeiter, von 10 bis 12 Pf. für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter, verteilt auf zwei Raten, das ist der wichtigste Inhalt der Vereinbarung. Weiter ist zugestanden, daß die Mindestlöhne um den Betrag der Teuerungszulage erhöht und für auswärtige Montagen der Zuschlag auf 7 M. für den Tag gesteigert wird. Unter diesen Bedingungen sollen die Tarifverträge um ein Jahr, also bis zum 15. Februar 1920, verlängert werden, und es ist vorgesehen, daß vor dem 1. April 1919 keine neuen Forderungen erhoben werden dürfen.

Vergleicht man diese Zugeständnisse mit den von der Städtekonferenz in Frankfurt a. M. aufgestellten Forderungen, dann muß man gestehen, daß sie hinter den von den Kollegen gehegten Erwartungen sehr erheblich zurückbleiben. Unsere Lohnforderungen waren weitergehend, und außerdem war noch eine Reihe weiterer Forderungen aufgestellt worden, zum Zwecke des Ausbaus unserer Vertrags-einrichtungen.

Es braucht wohl kaum besonders erwähnt zu werden, daß sich unsere Vertreter die größte Mühe geben, die von der Städtekonferenz aufgestellten Forderungen zur Annahme zu bringen. Die Gegenpartei bestand jedoch nicht minder hartnäckig darauf, den Beschlüssen der Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes Geltung zu verschaffen. Bei dieser Sachlage war es sehr schwer, zu einem Ergebnis zu kommen. Am Abend des zweiten Verhandlungstages waren die Dinge soweit gediehen, daß das Scheitern der Verhandlungen festgesetzt werden mußte. Da wurde, als die Vertreter eben im Begriff waren, auseinanderzugehen, noch ein Vorschlag gemacht, der als Brücke benutzt wurde, um die Verhandlungen doch noch fortzusetzen. Auf beiden Seiten war man sich des Ernstes der Lage voll bewußt. Das Scheitern der Verhandlungen hätte das in langjähriger Arbeit mühsam aufgebaute Vertragswerk vernichtet. Das wollten beide Parteien verhüten, und so kam schließlich die Vereinbarung als ein Kompromiß zustande.

Die Verhandlungskommission war eine ziemlich große Körperschaft. Der Arbeitgeber-Schutzverband hatte 14 Vertreter geschickt; von unserm Verband gehörten der Kommission die Kollegen Dammer (Bremen), Dietrich (Dreslau), Gerde (Leipzig), Gerlikke (Dresden), Gättrich (Stuttgart), Huber (München) und Schneppenhorst (Nürnberg) an; vom Verbandsvorstand nahmen die Kollegen Leipart, Schneegass und Neumann sowie der Redakteur Kayser an den Verhandlungen teil. Die Hauptarbeit wurde von einer kleinen Kommission geleistet, in welcher als Vertreter unseres Verbandes die Kollegen Leipart und Neumann tätig waren.

Unsere Hauptforderung war die Teuerungszulage, und diese war auch in Nürnberg der Hauptstreitpunkt. Die weiteren von der Städtekonferenz in Frankfurt a. M. aufgestellten Forderungen sind durchaus nicht nebensächlich. Der Ausbau des Vertragswesens ist wichtig und notwendig; was auf diesem Gebiet bisher geschaffen wurde, ist im wesentlichen auf die Anregungen zurückzuführen, die fortgesetzt von unserm Verband gegeben wurden. Über jeder neuen Anregung setzen die Arbeitgeber zunächst starken Widerstand entgegen; sie brauchen immer einige Zeit, um zu der Überzeugung zu kommen, daß der Ausbau der Verträge nicht nur den Arbeitern zum Vorteil gereicht, sondern beiden Parteien dienlich ist.

Bei den Verhandlungen in Nürnberg legten unsere Vertreter den Entwurf für eine Vereinbarung vor, in welcher die von der Frankfurter Städtekonferenz aufgestellten Forderungen bestimmt umschrieben waren. Die Arbeitgeber wiesen es aber mit aller Entschiedenheit zurück, diesen Entwurf als Grundlage für die Verhandlungen zu benutzen. Jede Aenderung der Verträge während der Kriegszeit lehnten sie ab, nur über Teuerungszulagen waren sie bereit zu verhandeln. Bei dieser Haltung der Arbeitgeber erscheint es beachtenswert, daß eine Anregung zum Ausbau des Vertragswesens von ihnen gemacht wurde. Als über die Einteilung aller Orte mit entsprechender Holzindustrie in Tarifklassen gesprochen wurde, gab der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schutzverbandes, Herr Koniegn, die Anregung, ein Tarifamt für die Holzindustrie zu bilden, dem diese Aufgabe als eine der dringendsten Arbeiten überwiesen werden könnte. Für ein Tarifamt würden sich auch sonst genügend Aufgaben finden. Es könnte die Zentralvorstände entlasten und ihnen eine große Verantwortung abnehmen. Diese Anregung also

hat vieles für sich; zu einer Beschlußfassung ist es aber nicht gekommen, da die ganze Aufmerksamkeit sich schließlich auf die Frage der Teuerungszulagen konzentrierte.

Für die Formulierung des getroffenen Abkommens hat man sich an die Fassung der Vereinbarung vom 27. November 1917 gehalten, und so ergab sich als Resultat der dreitägigen Verhandlungen die nachstehende Vereinbarung.

Vereinbarung.

Zwischen den Vertretern der unterzeichneten Verbände des deutschen Holzgewerbes ist in der heutigen Verhandlung folgende Vereinbarung getroffen worden:

A. Verlängerung der Tarifverträge.

1. Die bestehenden Tarifverträge werden sämtlich um ein Jahr, bis zum 15. Februar 1920, verlängert.

B. Teuerungszulagen.

2. Alle Lohn- und Akkordarbeiter erhalten auf die bestehenden Löhne folgende weiteren Teuerungszulagen pro Stunde:

Tarifklasse	I	II	III	IV	V	VI
ab 19. August 1918	15	15	15	12	10	10 Pf.
ab 1. Dezember 1918	10	10	10	10	10	10 Pf.

3. Alle Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren erhalten auf die bestehenden Löhne folgende weiteren Teuerungszulagen pro Stunde:

Tarifklasse	I	II	III	IV	V	VI
ab 19. August 1918	7	7	7	7	5	5 Pf.
ab 1. Dezember 1918	5	5	5	5	5	5 Pf.

4. Bei den am 19. August in Kraft tretenden Teuerungszulagen können die in einzelnen Städten zwischen den örtlichen Organisationen schon vereinbarten neuen Zulagen auf die obigen Sätze angerechnet werden.

C. Mindestlöhne.

5. In den einzelnen Tarifklassen und den dazu gehörigen Orten betragen die Mindestlöhne einschließlich der Teuerungszulagen pro Stunde:

Tarifklasse	I	II	III	IV	V	VI
ab 19. August Arbeiter	130	120	115	107	100	90 Pf.
Arbeiterinnen	72	68	64	60	54	50
ab 1. Dezbr. Arbeiter	140	130	125	117	110	100
Arbeiterinnen	77	73	69	65	59	55

6. Soweit in den bestehenden Tarifverträgen für bestimmte Branchen oder Arbeiterkategorien unterschiedliche Vertragslöhne festgesetzt sind, erhöhen sich dieselben auch diesmal wieder in der gleichen Weise wie bei den früheren Zulagen um den Betrag der Teuerungszulagen wie der Vertragslohn der Hauptbranche.

7. Für Arbeiter und Arbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren sowie für neu anzulernende Arbeiter und Arbeiterinnen in den ersten sechs Wochen ihrer Beschäftigung sind die Mindestlöhne in jeder Tarifklasse 10 Pf. pro Stunde niedriger. Jugendlige Personen unter 16 Jahren sind von diesen Mindestlöhnen ausgenommen.

D. Montagegeld.

8. Der Mindestsatz der Entschädigung für Montagearbeiten mit Uebernachten beträgt 7 M. pro Tag, einschließlich des Sonntags.

E. Durchführung der Vereinbarung.

9. Die bestehenden Tarifverträge nebst der Vereinbarung vom 27. November 1917 bleiben in allen durch vorstehende Vereinbarung nicht berührten Punkten unverändert bestehen.

10. Vor dem 1. April 1919 dürfen keine neuen Forderungen gestellt werden.

Bei der Prüfung der Vereinbarung müssen wir sie mit den von der Städtekonferenz aufgestellten Forderungen vergleichen. Hiernach sollte vom 1. August an eine Teuerungszulage von 30 Pf. pro Stunde für die männlichen und von 20 Pf. für die weiblichen und jugendlichen Arbeiter auf der ganzen Linie gewährt werden. Diese Forderung war bereits ein Kompromiß, denn von den großen Städten waren weitergehende Wünsche geäußert worden, und man glaubte auf deren Erfüllung um so eher rechnen zu können, als bei den örtlichen Verhandlungen in einer Reihe von Fällen bereits Zulagen von 15, 20 und 30 Pf. als Abschlagszahlungen gewährt worden waren. Um so größer war die Ueberraschung, als die Arbeitgeber als Beschluß ihrer Generalversammlung mitteilten, daß sie bereit seien, ab 1. September 5 bis 10 Pf., je nach den Bedürfnissen der einzelnen Landesteile, und am 15. Februar 1919 weitere 5 bis 10 Pf. für die männlichen und die Hälfte dieser Beträge für die weiblichen und die jugendlichen Arbeiter zu gewähren unter Anrechnung der feither gewährten Teuerungszulagen. Diese Zulagen sollten lediglich als Teuerungszulagen gelten, unsere Forderung nach Erhöhung der Mindestlöhne also abgelehnt werden. Da beide Parteien zähe an ihrem Standpunkt festhielten, gelang es nur sehr schwer, eine mittlere Linie zu finden. Die getroffene Vereinbarung gewährt sofort, also vom 19. August an, den männlichen Arbeitern in den Tarifklassen I bis III 15 Pf., in Klasse IV 12 Pf., in der V. und VI. Klasse 10 Pf. und als zweite Rate in

allen Klassen am 1. Dezember weitere 10 Pf. Die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erhalten vom 19. August an in Klasse I bis IV 7 Pf., in den Klassen V. und VI 5 Pf. und als zweite Rate in allen Klassen am 1. Dezember 5 Pf. Um den Betrag dieser Teuerungszulage erhöht sich der vertragliche Mindestlohn. Die inzwischen örtlich zwischen den Parteien vereinbarten Zulagen dürfen angerechnet werden.

Von unserer Seite war eine Differenzierung der Mindestlöhne zwischen Fach- und Hilfsarbeitern ange-regt worden. Das ist geschehen, weil von den Arbeitgebern immer wieder betont wird, daß es unrecht sei, beide Kategorien in den Verträgen gleich zu behandeln. Bei unserm Vorschlag konnte es sich natürlich nicht darum handeln, die Löhne der Hilfsarbeiter herabzusetzen, der Unterschied sollte vielmehr dadurch erzielt werden, daß die Mindestlöhne für die Facharbeiter höher bemessen werden als die der Hilfsarbeiter. Außerdem forderten wir auch für Arbeiter über 20 Jahre einen höheren Mindestlohn als für die jüngeren. Die Arbeitgeber haben es abgelehnt, die Differenzierung jetzt vorzunehmen. Sie wiesen darauf hin, daß sie nur verhältnismäßig wenige Arbeiter unter 20 Jahren beschäftigen. Die von uns geforderte Differenzierung würde also bedeuten, daß wir für die Mehrzahl der Arbeiter nicht 30, sondern 40 Pf. Teuerungszulage verlangen. Infolge der Ablehnung unserer Forderung bleibt es bei dem bisherigen Zustand. Demnach erhalten auch die Hilfsarbeiter die vereinbarten Zulagen, und auch für sie gelten die festgesetzten Mindestlöhne.

Die Forderung, daß den Akkordarbeitern ein Ueberverdienst von 25 Prozent über den Stundenlohn gesichert wird, scheiterte an dem entschiedenen Widerspruch der Arbeitgeber. Unsere Vertreter haben schließlich für den Augenblick auf die Durchführung dieser Forderung verzichtet, aber darauf hingewiesen, daß das Verhalten der Arbeitgeber die Reizung unserer Kollegen, in Akkord zu arbeiten, nicht vermindert wird. Das Angebot der Arbeitgeber, die Zuschläge für auswärtige Montagen auf 7 M. pro Tag zu erhöhen, wurde angenommen. Dagegen lehnten die Unternehmer die Erhöhung der Zuschläge für Ueberstunden mit der Begründung ab, daß hier der Ausgleich bereits durch die Erhöhung der Stundenlöhne geschaffen sei.

Die Festsetzung der Termine für die Regelung der Arbeitszeit gemäß der Vereinbarung vom 27. November 1917 wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Es soll den örtlichen Parteien noch einmal empfohlen werden, sich hierüber in den Schlichtungskommissionen zu verständigen. Wo eine Verständigung nicht erzielt werden sollte, werden die Zentralvorstände endgültig entscheiden.

Unsere letzte Forderung ging dahin, zu vereinbaren, daß bei steigender Teuerung nach dem 15. Februar 1919 neue Verhandlungen über weitere Teuerungszulagen stattfinden dürfen. Dieser Forderung ist in etwas abgeänderter Form durch Ziffer 10 der Vereinbarung entsprochen worden. Wir sind also durch den Vertrag nicht gehindert, erforderlichenfalls im nächsten Frühjahr erneut mit der Forderung nach Teuerungszulagen an die Arbeitgeber heranzutreten.

Nun liegt die Vereinbarung vor, und die Kollegen sind berufen, ihr Urteil über sie zu fällen. Sie ist das Ergebnis ernster Beratungen, bei welchen die Meinungen der Parteien oft hart gegeneinanderprallten. Die Vertreter unserer Kollegen in der Verhandlungskommission sind sehr ernstlich mit sich zu Rate gegangen, ob sie die Verantwortung übernehmen können, eine Vereinbarung mit solchem Inhalt als Ergebnis nach Hause zu nehmen. Größer schien jedoch die Verantwortung, mit leeren Händen zurückzufahren und festzustellen, daß nicht nur die jetzige Verhandlung gescheitert, sondern auch das Vertragswerk in die Brüche gegangen sei.

Die Entscheidung wurde unsern Vertretern erleichtert durch die Erwägung, daß das letzte Wort von den Mitgliedern gesprochen wird. Die Vereinbarung ist das äußerste Zugeständnis, das von den Arbeitgebern zu erlangen war. Glauben unsere Kollegen, sich damit abfinden zu können, gut, dann tritt es in Kraft, vorausgesetzt, daß auch die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes zustimmt. Beide Parteien haben die Annahme der Vereinbarung von der Zustimmung ihrer Auftraggeber abhängig gemacht.

Die Vereinbarung ist noch am Tage ihres Abschlusses, am 21. August, in Nürnberg gedruckt und von dort aus an die in Betracht kommenden Zahlstellen zugleich mit der Einladung zu der auf den 2. September in Berlin anberaumten Städtekonferenz versandt worden. Durch die Festsetzung dieses Termins erhalten die Kollegen in den einzelnen Orten noch hinreichende Zeit, zu dem Ergebnis der zentralen Verhandlungen Stellung zu nehmen und die Vereinbarung einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Unsere Städtekonferenz hat in dieser Frage das Beschlußrecht. Die Delegierten sind die berufenen Vertreter der Mitglieder. Unbeeinträchtigt sollen sie ihrer Ansicht Ausdruck geben. Die Städtekonferenz in Berlin hat eine verantwortungsvolle Aufgabe; wir bringen ihr aber das Vertrauen entgegen, daß ihre Entscheidung so ausfallen wird, wie es der Würde unseres Verbandes und den Interessen der Kollegen entspricht.

Soziales.

Das Erwachen der Arbeiterbewegung in Japan.

Das ostasiatische Inselreich, welches jetzt ein wichtiger Faktor in dem Bündnis unserer Feinde gegen Deutschland ist, hat eine ganz beispiellose Entwicklung durchgemacht. Es ist noch gar nicht so lange her, daß sich Japan streng von allem Fremden abschloß. Im Lande herrschte der Feudalismus, ein Mittelwesen mit manchen starken Anklängen an die europäischen Zustände im Mittelalter. Nur widerwillig wurde in den 50er Jahren den Fremden gestattet, im Lande Handelsniederlassungen zu gründen. Ein Ausbruch des Fremdenhasses war im Jahre 1864 die Veranlassung für eine internationale Flottendemonstration, die den Japanern in eindringlicher Weise die Macht der europäischen Staaten kennen lehrte. Seht sind es gerade 50 Jahre her, daß Japan mit einem Schlag aus dem mittelalterlichen Feudalismus heraustrat. Im Jahre 1868 begann die Periode der Aufklärung, mit welcher die Japaner eine neue Zeitrechnung anfangen.

Es ist bekannt, mit welcher Schnelligkeit Japan westländische Einrichtungen nachahmte. Seine militärische Leistungsfähigkeit bewies es in dem Krieg gegen Rußland im Jahre 1904/05. Durch die dem russischen Koloß bereitete Niederlage erhob sich Japan zum Range einer Großmacht, die in allen ostasiatischen Fragen ein sehr wichtiges Wort spricht. Nicht nur militärisch, auch wirtschaftlich hat sich Japan mit Riesenschritten entwickelt. Der Übergang von der Produktion der Feudalzeit zum modernen Kapitalismus vollzog sich mit überausender Schnelligkeit. Unterstützt wurde die wirtschaftliche Umwälzung durch die Anpassungsfähigkeit und die Lernbegierde der Japaner. Als fleißige Schüler behuteten sie die Etappen, an denen sie westländische Wissenschaft und Technik studieren konnten, und was sie gelernt hatten, kam ihrem heimatischen Inselreich zugute. Die japanische Hausindustrie, deren künstlerische Erzeugnisse sehr geschätzt werden, ist noch nicht verschwunden, aber neben ihr ist seit dem Beginn der neuen Ära eine sehr beachtenswerte Großindustrie entstanden. Die Textilindustrie, die Baumwollspinnerei und ganz besonders die Weberei spielen in Japan eine erhebliche Rolle. Außerdem gibt es in Japan Zuckerraffinerien, Maschinenfabriken, Zementfabriken, Zündholzfabriken usw.

Die japanische Industrie stützt sich auf eine äußerst geringfügige Arbeiterkraft. Der Bourgeoisie ist der Sprung aus dem Feudalismus in den Kapitalismus sehr gut bekommen; unter der Arbeiterkraft findet aber der Sozialismus nur sehr schwer Boden. Der japanische Arbeiter verfügt über die fürchterlichste asiatische Genügsamkeit. Seine Ansprüche an die Lebenshaltung sind äußerst bescheiden. Als Erbe aus der nicht ferneren Zeit des Feudalismus ist ihm der Sinn für widerspruchslöse Unterordnung und schweigendes Dulden noch sehr lebendig geblieben. Es ist zwar eine historische Notwendigkeit, daß der Kapitalismus seinen Totengräber und Erben, den Sozialismus, selbst erzeugt, und so ist mit Sicherheit zu erwarten, daß in nicht fernere Zeit der Sozialismus auch in Japan ein gewichtiges Wort mitsprechen wird. Bisher aber haben die Bemühungen einzelner sozialistischer Propagandisten nur geringe Erfolge gezeitigt.

Es scheint nun, als habe der Krieg auch in dieser Hinsicht revolutionierend gewirkt. Der Weltkrieg, der die internationalen Handelsbeziehungen von Grund aus umgestaltet hat, hat auch die Industriellensituation Japans mächtig gefördert. Wir wissen darüber vorerst noch wenig. Bekannt ist, daß Japan als Lieferant von Waffen und Munition für die Entente eine große Rolle gespielt hat und wohl noch spielt. Man darf aber ruhig annehmen, daß neben der Rüstungsindustrie auch andere Industriezweige in Japan zu größerer Bedeutung gelangt sind. Sicher haben die koreanischen Arbeiter die günstige Konjunktur nach Kräften ausgenutzt, die ihnen die Unterbindung des Welthandels durch den europäischen Krieg brachte.

Diese im Gefolge des Krieges einherziehende wirtschaftliche Revolution scheint aber auch aufzuklären auf die japanischen Arbeiter gewirkt zu haben. Die erste Ausprägung eines erwachenden Klassenbewußtseins ist eine umfangreiche Streikbewegung. Nach einer in der Nummer 12 der „Zeitung“ veröffentlichten Zusammenstellung haben in den 11½ Monaten von Dezember 1918 bis Mitte November 1917 in Japan 364 Streiks stattgefunden, an denen 54 668 Arbeiter beteiligt waren. Eine große japanische Tageszeitung, „Asahi-Schmied“, die von dem amerikanischen Plan geleitet wird, lenkt die Aufmerksamkeit auf dieses interessante Phänomen dieser Erde. Die Streiks wurden ausgebrochen nur Erzielung materieller Verbesserungen geföhrt, im Gegensatz zu früher, wo die Streikenden mehr von Grundsatzgründen leiten ließen. Die streikenden Klassen waren auch besser organisiert und planvoller geleitet, als das früher der Fall war. England zeigte sich ein Umschwung der öffentlichen Meinung. Man erblickt nicht mehr in dem Streik ein moralisches Verbrechen, sondern bringt den Streikenden gewisse Sympathien entgegen. Bei früheren Streiks war es den Unternehmern leicht, einzelne Arbeiter oder Gruppen als Streikbrecher zu gewinnen und damit den Streik schnell zu brechen. Heute ist das anders. Jetzt sind die Arbeiter mehr solidarisch geföhlt, und in den meisten Fällen haben die Streiks des letzten Jahres mit einem Erfolg für die Arbeiter geendet. Auch die nicht direkt am Streik beteiligten Arbeiter verfolgen, was man früher nicht konnte, den Schicksal mit ununterbrochener Teilnahme. Es zeigen sich immer deutlicher die Anzeichen eines erwachenden Klassenbewußtseins.

Es ist ja unter den Bedingungen der Kriegszeit schwer, sich über die Lage zu orientieren, es die mitgeteilten Verhältnisse mehr und es die Streikbewegungen der in Betracht kommenden Länder näher untersuchen. Aber die Tatsachen liegen doch schon auf der Hand. Es leuchtet ein, daß die wirtschaftliche Entwicklung in dem letzten Jahre einen erheblichen Einfluß auf die Arbeiterbewegung in Japan ausgeübt hat. Es ist nicht zu erwarten, daß die Arbeiterbewegung in Japan eine Stagnation erfahren wird, die sie in dem letzten Jahre erfahren hat. Die Arbeiterbewegung in Japan wird sich weiter entwickeln, und es ist zu erwarten, daß sie in nicht fernere Zeit ein gewichtiges Wort mitsprechen wird.

zu erobern. Die sich stürmisch entwickelnde Industrie wendet das bisher schlummernde Massengefühl der Arbeiter; das ist ein ganz natürlicher und folgerichtiger Vorgang.

Die Nachricht selbst klingt zunächst überraschend, aber man darf sich darauf einrichten, daß der Sozialismus auch in Ostasien Boden gewinnt. Damit tritt aber auch die „gelbe Gefahr“ in ein anderes Licht. Die Einführung ostasiatischer Antis erschien unserm Unternehmertum lange Zeit als letztes Schuttmittel gegen die Begehrlichkeit der Arbeiter. Wenn sich Solidaritätsgefühl und Klassenbewußtsein der gelben Antis zu bemächtigen beginnen, dann dürfte ihr Wert in den Augen unserer Kapitalisten stark sinken. Augenblicklich ist das ganze Problem nicht sehr aktuell. Aber die Nachrichten von dem Erwachen der Arbeiterbewegung in Japan sind recht interessant; es handelt sich um Dinge, die lebhaft Aufmerksamkeit verdienen.

Genossenschaftliche Spargeldverwertung.

Die Tagespresse unterhält sich lebhaft über den Plan des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine, in Verbindung mit den christlich-nationalen Gewerkschaften eine Bank ins Leben zu rufen. Es handelt sich dabei, wie bei allem, was der genannte Verband an neuen Maßnahmen durchführt oder plant, um die Nachahmung einer Tat, die im Zentralverband deutscher Konsumvereine, in diesem Fall in der Großeinkaufsgesellschaft, längst vollbracht ist, ohne daß die Öffentlichkeit davon viel Aufhebens gemacht hätte. Die Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, durch die auch eine Reihe großer Gewerkschaften ihre Geldgeschäfte regelt, arbeitet seit Jahren durchaus im Rahmen derjenigen Anschauungen, nach denen auch das zukünftige Unternehmen des Reichsverbandes verfahren soll. Es ist nicht so, wie die „Frankfurter Zeitung“ meint, daß alles noch ganz in den Anfängen stehe. Dagegen stimmt es, wenn das Blatt erklärt, „die Entwicklung, die sich da anbahnt, verdient heute schon Interesse, um so mehr, je weniger erfreulich andere Verschiebungen seien, die sich seit einiger Zeit zwischen Großbanken und Genossenschaften zu entwickeln begannen“. Es wird dann auf die Großbankkonzentration verwiesen, deren Ausdehnungswang sich auch auf die Aufsaugung von Kreditgenossenschaften richtete, und dazu bemerkt:

„Der unschätzbare Nutzen dieser Genossenschaften ist es ja gerade, daß sie die von ihnen angeregte und zusammengefokte Sparthätigkeit des Mittelstandes zu dessen eigener Förderung verwenden und ihm hierdurch wie durch die Solidarität der Mitglieder eine Kreditquelle erschließen, die er ohne die Genossenschaft niemals in solchem Maße finden würde. So wirken die Spar- und Darlehnskassen auf dem flachen Lande, das sie durch die Befreiung vom Wucher mehr gefördert haben, als irgendein großes oder kleines Mittel banklicher Agrarpolitik es vermocht hätte. So wirken die Kreditgenossenschaften, die Vorsparvereine usw. auch für den Mittelstand der Stadt. Die Großbankniederlassung wird das nie erreichen können, und es ist ganz richtig, wenn in den „Blättern für Genossenschaftswesen“ ausgeführt wird, daß die Mitglieder der Genossenschaft den Schaden zu tragen haben, wenn genossenschaftliche Verwaltungen den Forderungen der Großbanken sich unterwerfen, oft auch nur aus Egoismus, wenn es sich darum handelt, ihr Vorhanden und Aufsichtsrat eine gute Verbindung für erziehen auch eventuell noch einen gut bezahlten Abteilungsleiter zu erhalten, oder aus Feigheit, wenn es sich darum dreht, Konsequenzen aus früheren Fehlern zu tragen oder einen ersten Konkurszustand, bei dem es ohne Schmerzen nicht abgeht, auszuweichen.“

Wert und Wesen genossenschaftlicher Spargeldverwertung sind hier treffend dargelegt. Es ist ganz selbstverständlich, daß gleiche Erwägungen auch für die gleichen Beirathungen der Verbraucher berechtigt sind, die „den Genossenschaftsgedanken“, wie mit der „Frankfurter Zeitung“ zu reden, für sich verwirklichen, ihre Spargelder, statt sie durch Banken und Sparkassen unkontrolliert nach deren Zielen verwenden zu lassen, zur Förderung eigener Zwecke in eigenen Organen sammeln und so die wichtigste Waffe des Kapitalismus, das Kapital selber, zur Bekämpfung der Auswüchse des Kapitalismus verwenden“. Die Mitglieder der Konsumvereine werden fortfahren, ihre Spargelder ihrer Sparkasse, der des Konsumvereins, zuzuwenden, und die Besondere werden den Bankverkehre mit der Großeinkaufsgesellschaft weiter pflegen und ausbauen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

In Nürnberg (Bayern), Gau Frankfurt a. M. und in Neuburg a. D. (von Nürnberg) wurde je eine neue Zählstelle gegründet.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 35. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig geworden.

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat August ist spätestens bis zum 2. September an uns einzuwenden. Beiträge, die über keine Arbeitslosigkeit zu berichten haben, senden die Monatskarte nur mit Angabe der Mitgliederzahl am Monatschluß ein.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

8205 (geb.) Wilh. Föhner, Sülzbach, 15. 7. 01 zu Serford.
76194 Rob. Daria, Schneidemüller, geb. 16. 7. 64 zu Nieder-Wäldersdorf.

76166 Wilh. Altmann, Schneidem., 19. 4. 71 zu Gemülden.
76170 Paul Wenzel, W.-M., geb. 7. 4. 00 zu Apolda.

76177 Erich Torgath, Holzsch., geb. 11. 10. 01 zu Wahren.
76179 Emil Kr. Sülzbach, geb. 6. 2. 02 zu Nodelwitz.

76178 Luise Kuchmann, geb. 23. 10. 03 zu Serford.
76184 Kurt Schmidt, Holzsch., geb. 27. 11. 01 zu Sülzbach.

Berlin SO. 16, Am Altenhofen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Unsere Lohnbewegung.

München. Die Arbeiterschaft der Bayerischen Flugzeugwerke H. G., München, stellte durch den Arbeiterausschuß Forderungen auf Lohnerhöhung nebst Regelung der Arbeitsverhältnisse. Die Firma machte darauf nur ganz ungenügende Zugeständnisse. In darauf abgehaltenen Branchenversammlungen lehnten die Arbeiter diese Zugeständnisse als ungenügend ab und beantragten eine Lohnerhöhung von 30 Pf. pro Stunde. Anfang August fanden dann unter Einwirkung des Vertreters des Deutschen Holzarbeiterverbandes und des Deutschen Metallarbeiterverbandes Verhandlungen statt. Während der Verhandlungen stellte die Arbeiterschaft einmütig die Arbeit ein. Ein Vorgehen, das erschwerend auf die Verhandlungen einwirkte, immerhin der Direktion zeigte, daß die Arbeiterschaft gewillt war, ihren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Wie stark die Gärung unter den Arbeitern war, geht daraus hervor, daß sie erklärten, sich lieber den Kopf im Schützengraben herumerschlagen zu lassen als in der Helmat langsam dem Hungertode entgegenzugehen.

Die Verhandlungen konnten leider an diesem Tage nicht zu Ende geführt werden. Am nächsten Tage wurden dieselben dann unter Vertretung der Kriegsamstelle München weitergeführt und erfolgreich abgeschlossen. Erreicht wurde eine Lohnerhöhung sofort von 10 Pf. pro Stunde für sämtliche Arbeiter und 5 Pf. für die Arbeiterinnen. Außerdem wurde eine Entfernungszulage von 5 Pf. pro Stunde zugestanden. Am 1. Oktober tritt eine weitere Lohnerhöhung von 10 Pf. für Arbeiter und 5 Pf. für Arbeiterinnen ein. Facharbeiter erhalten, wenn sie in Zeitlohn beschäftigt werden, einen Allfordszuschlag von 35 Prozent. Die Allfordpreise werden so festgesetzt, daß mindestens 35 Prozent erzielt werden können. Allfordabzüge finden nicht statt, es sei denn, daß bessere Stellungsbedingungen greifen.

Ohne Arbeitsniederlegung erreichten die Kollegen bei den D t o s l u g w e r k e n ebenfalls unter Vertretung der Kriegsamstelle München eine Lohnerhöhung von 20 Pf. pro Stunde.

Den Kollegen bei der Firma N a t h g e b e r (Waggonbau), soweit sie im Flugzeugbau beschäftigt sind, wurde eine Lohnaufbesserung von 10 Pf. pro Stunde gewährt. Die Metallarbeiter bekamen in der Mehrzahl 15 Pf. in der gleichen Sparte. Die im Waggonbau beschäftigten Kollegen gingen leer aus. Daß dieses Vorgehen der Firma berechtigte Enttäuschung bei unseren Kollegen hervorrief, ist leicht verständlich. In einer gutbesuchten Versammlung nahmen die Kollegen Stellung und beauftragten die Organisationen, sofort dieselben Forderungen, wie sie jetzt allgemein erhoben wurden, einzureichen. Unsere Kollegen vom Fabrikantenschuß wurden beauftragt, umgehend wegen der ungleichen Lohnverteilung vorzugehen und zu verlangen, daß eine allgemeine Lohnerhöhung von 15 Pf. pro Stunde ab 2. August 1918 für alle Holzarbeiter gewährt werden müßte. Die Firma vertrat die Kollegen auf die von den Organisationen in München erwartenden Verhandlungen. Damit waren jedoch die Kollegen nicht zufrieden und stellten am 16. August, nachdem dem Fabrikantenschuß keine genügende Antwort gegeben wurde, nach abends 10 Uhr die Arbeit ein. Sie waren auch anderer Tages nicht zu bewegen, die Arbeit aufzunehmen. Sämtliche Verhandlungen mit dem Gewerkschaftsleiter zeitigten das Resultat, daß für alle Holzarbeiter ab 2. August eine Lohnerhöhung von 15 Pf. pro Stunde gewährt wurde. Sollten bei den kommenden Verhandlungen mit der Firma höhere Zulagen erreicht bzw. zugestanden werden, kommen die jetzt gewährten 15 Pf. in Anrechnung.

Die Firma mag aus dem einmütigen Vorgehen der Holzarbeiter ersehen, daß eine tiefe Gärung besteht, und wenn nicht bedeutende Zugeständnisse in nächster Zeit gemacht, die Löhne der Holzarbeiter der Firma Rathgeber den üblichen in München gezahlten Löhnen angepaßt werden, ist ein weiteres Vorgehen der Arbeiter unausbleiblich. Die Organisation lehnt jede Verantwortung hierfür ab.

Mühlbauer a. Inn. Bereits Ende Mai hatten unsere Kollegen bei der Firma „Engelwerkstätten für Wohnanlagen“ in Mühlbauer durch die Gauleitung die Forderung auf Abschluß eines Tarifvertrages eingereicht. Die Firma scheint zwar das Bestreben gehabt zu haben, der Forderung stattzugeben, die Sache jedoch in die Länge zu ziehen. Damit waren die Kollegen nicht einverstanden. Um die Firma auf die Beine zu bringen, rief die Gauleitung den Rgl. Gewerberat München-Land zur Unterstützung an, nachdem die Firma trotz wiederholter Ersuchen keine Antwort gab. Auch dem Gewerberat gegenüber erklärte die Firma ihre Bereitwilligkeit, mit uns zu verhandeln. Wir warteten acht Tage, nichts ließ sich hören. Ein neuerliches Schreiben der Gauleitung mit bestimmtem Termin wurde nicht beantwortet. Einmal reißt auch bayerischer Geduld, und so auch hier. Am 15. August beschloßen die Kollegen, die Arbeit nicht mehr aufnehmen zu wollen. Die Firma zum Verhandeln bereit sei. Am nächsten Tag unterbreiteten die Kollegen dem Betriebsleiter den Beschluß und bereits eine Viertelstunde später verhandelte der Betriebsleiter. Das einmütige und geschlossene Vorgehen der Kollegen zeitigten einen schönen Erfolg. Der abgeschlossene Tarifvertrag bringt den Kollegen die 33 Stunden Arbeitszeit, einen Mindestlohn von 125 Pf. pro Stunde, für Arbeiterinnen einen solchen von 73 Pf., bei Allford einen garantierten Zuschuß von 25 Prozent. Für die Firma der Arbeitszeit erfolgt ein Lohnausgleich von 4 Pf. pro Stunde. Am 12. August und am 14. Oktober tritt die Lohnerhöhung von 15 Pf. pro Stunde für Arbeiter und 10 Pf. für Arbeiterinnen ein. Ueber weitere Verhandlungen soll im Februar 1919 neuerdings in Verhandlung getreten werden. Ferner konnte auch Erholungsurlaub erreicht werden, und zwar nach einjähriger Beschäftigung dauer einen Tag, steigend für jedes weitere Jahr um zwei Tage bis zur Höchstgrenze von zwölf Arbeitstagen. Ein schöner Erfolg, der nur dem taktischen Vorgehen des Verbandes und der Einmütigkeit der Kollegen zuschreibbar ist. Dabei wollen wir ebenfalls betonen, daß die Firma durch ihr großes Sozialvermögen an den Tag kamen, das die Kollegen nur empfangen werden kann. Auf die Kollegen Kollegen wird es nun sein, die Bestimmungen des Tarifvertrages auch in den anderen Betrieben zur Geltung zu bringen.



Theodor Aldorf, Holzarbeiter, Köln.
Mar Andrefen, Tischler, Hamburg.
Willy Arendt, Stodarb., Eberswalde.
Paul Bachsen, Pol., Geringswalde.
Wilh. Barnewitz, Tischler, Wilsen.
Ludw. Bed, Polierer, Stuttgart.
Karl Bergfelder, Tischler, Melle.
Fritz Blüher, Korbm., Wühlberg.
Paul Bontz, Stellmacher, Köln.
Ernst Bräse, Tischler, Kottbus.
Max Otto Braun, Modellt., Chemniz.
Max Briesemann, Tischler, Forst.
Anton Brinkhaus, Frankfurt a. M.
Georg Brünjes, Korbm., Bremerhaven.
Hermann Bruns, Tischler, Hamburg.
Wilh. Busse, Korbm., Wühlberg.
Hans Burkhard, Schr., Memminger.
Wilh. Dan, Tischler, Hamburg.
Karl Deike, Drechsler, Kassel.
Julius Drechsel, Erfurt.
Franz Drexler, Tschl., Treuenbriezen.
Theodor Ebenau, Eisenach.
Friedr. Echterkamp, Herford.
Karl Eder, Modelltsch., Offenbach.
Karl Ehrhardt, Groß-Schönau.
Albert Emmert, Dortmund.
Gustav Ende, Modellt., Schmiedeberg.
Paul Ehold, Modelltsch., Leipzig.
Friedr. Fabel, Tschl., Magdeburg.
Wilhelm Fiedler, Tschl., Lützenwalde.
Reinhard Franke, Miesitz.
Walter Franke, Eisenach.
Ferdinand Franz, Tischler, Leipzig.
Karl Fimm, Stodarb., Eberswalde.
Karl Fried, Schr., Kornwestheim.
Emil Geibler, Jüterburg.
Wilm. Geisler, Tschl., Borsdorf.
Margand Gerland, Stellm., Kassel.
Karl Glaser, Hilfsarb., Stuttgart.
Albert Glaz, Reichenbach i. B.
Wilo. Gölber, Tschl., Bremerhaven.
Otto Goldberg, Seiffenrersdorf.
Peter Griefel, Stodarbeiter, Kassel.

Heinrich Grimm, Preeh.
Willy Grimm, Tischler, Potsdam.
Walter Großmann, Tschl., Leipzig.
Friedrich Grube, Tschl., Bremerhaven.
Joh. Haase, Tischler, Jhehoe.
Ernst Haese, Tischler, Stettin.
Wilh. Hagemeier, Tischler, Herford.
Carl Sahn, Tischler, Hamburg.
Rudolf Hänel, Modelltsch., Chemniz.
Wilo. Hannemann, Tischler, Kiel.
Herm. Heidemeier, Bürstenm., Herford.
Johann Heins, Holzarb., Bremerhaven.
Max Heintz, Polierer, Altenburg.
Wilo. Heitbreder, Tischler, Herford.
Richard Held, Hilfsarb., Herford.
Arno Hektor, Eisenach.
Adolf Heitrich, Tischler, Hannover.
Wilo. Hendrich, Tischler, Burg.
August Hildebrand, Bürstenm., Herford.
Rudolf Hind, Tischler, Hamburg.
Otto Hoffmann, Tschl., Stralsund.
Georg Jakobig, Schreiner, Höcht.
Friedr. Jockede, Tischler, Herford.
Emil Jurt, Stellmacher, Betschau.
Heinrich Kalsch, Tischler, Hamburg.
Christof Kellermann, Frankfurt a. M.
Max Kleber, Stuhlauer, Rabenau.
Wilhelm Kleemann, Stolp.
Otto Klenner, Tschl., Freiburg i. Schl.
Otto Klett, Säger, Mellenbach.
Wilo. Klingener, Tschl., Hannover.
Paul Knop, Tischler, Stettin.
Ferdinand Kog, Schreiner, Köln.
Konrad Krause, Tschl., Bremerhaven.
Karl Max Kreißig, Tschl., Chemniz.
Sugo Kröger, Schreiner, Köln.
Ernst Kron, Essen a. d. Ruhr.
Hans Kronborg, Tschl., Schleswig.
Eugen Kugler, Schr., Stuttgart.
Richard Kunze, Polierer, Leisnig.
August Kurz, Schreiner, Aachen.
Otto Kurzweg, Tischler, Burg.
Adam Landefeld, Stodarb., Kassel.
Joh. Lange, Schiffszimm., Bremerhaven.
Wilo. Lange, Tischler, Hannover.
Gustav Laste, Stellmacher, Naun.
Christian Lederer, Stuhl., Stuttgart.
Gustav Lehnhardt, Langenbielau.
Paul Lemberg, Tschl., Langenöls.
Wilo. Lemerenz, Stellm., Hamburg.
Emil Lohr, Tischler, Stettin.
Wilo. Lorenz, Tschl., Magdeburg.

Heinrich Loh, Schreiner, Kassel.
Henry Lüth, Tischler, Lübeck.
Max Luther, Heubach.
Fritz Mat, Tischler, Burg.
Georg Mangold, Klavierarb., Stuttgart.
Friedr. Math, Schr., Stuttgart.
Wilo. Mende, Drechsler, Rabenau.
Otto Meyer, Wismar.
Eduard Michaelis, Bergolber, Münster.
Karl Mildner, Tischler, Naun.
Richard Mische, Knopfm., Schmölln.
Sugo Müller, Bürstenm., Schmölln.
Adolf Muth, Schreiner, Kassel.
Otto Neumann, Pianotschl., Leipzig.
Emil Niehammer, Stuttgart.
Wilo. Nitsch, Jüterburg.
Heinr. Obermann, Bürstenarb., Herford.
Richard Ohl, Stralsund.
Otto Ofert, Tischler, Jhehoe.
Wilo. Oufen, Schiffsz., Bremerhaven.
Richard Otto, Tischler, Leipzig.
Sugus Osterberg, Schreiner, Kassel.
H. Peters, Tischler, Nuri.
Sugo Willi Pfeil, Tschl., Chemniz.
Max Planig, Ristenbauer, Leipzig.
Alois Peterle, Tischler, Naun.
August Plintau, Masch.-Arb., Naun.
Max Poffart, M.-A., Rabenau.
Christoph Raps, Parkettl., Naunbach i. B.
Ernst Reinefeld, Modellt., Hannover.
Wilo. Reinhardt, Stellmacher, Halle.
F. Rehwaldt, Korbm., Obernkirchen.
Gustav Richter, Tischler, Halle.
Eduard Rihmann, Schmalkalden.
Kuno Rosenkranz, Tischler, Witten.
Max Schab, Tischler, Leipzig.
Albert Scheffler, Modelltsch., Hamburg.
Arno Scheinpflug, Geringswalde.
Felix Scheinpflug, Friedrichshagen.
Otto Schlipfner, Meiborf.
Alfred Schlömer, Schreiner, Köln.
Friedrich Schmidt, Tischler, Güstrow.
Walter Schmidt, Wesel.
Arno Schmucker, Tschl., Altenburg.
Hans Schnabel, Modelltschler, Leipzig.
Ferdinand Schott, Drechsler, Erfurt.
Martin Schröder, Tischler, Glückstadt.
Karl Schubert, Tischler, Chemniz.
Wilo. Schürmann, Bürstenm., Herford.
Herm. Schulze, Treuenbriezen.
Wilo. Schulze, Brandenburg a. d. H.
Otto Schumacher, Tschl., Stralsund.

Arno Schuricht, Pol., Waldheim.
Albert Schuster, Schr., Stuttgart.
Hermann Schuster, Schneg.
Johann Schwarz, Starnberg.
Aug. Schwenter, Tischler, Melle.
Albert Sieber, Altenberg i. E.
Wilo. Siebert, Stellmacher, Kassel.
Ludwig Simon, Tschl., Hildesheim.
Karl Singer, Bürstenmacher, Erlangen.
Karl Späth, Tischler, Hamburg.
Nikolaus Spon, Schreiner, Köln.
Karl Staudt, Wiesbaden.
Adolf Stein, Rumpenheim.
Max Strahl, Celle.
Wilo. Suhr, Tschl., Bremerhaven.
Reinhold Sülsle, Tischler, Hamburg.
Heinr. Thielbar, Tschl., Bremerhaven.
Carl Thies, Stellmacher, Hamburg.
Albert Thön, Blankenburg.
Karl Thur, Swinemünde.
Sugo Träger, M.-A., Rabenau.
Erich Treder, Tischler, Danzig.
Fritz Tischer, Tischler, Magdeburg.
Bruno Ulrich, Altenberg i. E.
Roman Wäthbrückner, Schr., Würzburg.
Adolf Wanner, Schreiner, Neuwied.
Karl Wihum, Starnberg.
Heinr. Wölme, Schiffsz., Bremerhaven.
Christian Vogt, Stodarbeiter, Kassel.
Wilo. Wolf, Stolp.
Hans Wolf, Tischler, Jhehoe.
Arno Wagner, Frankenberg.
Gottfried Wagner, Tischler, Lübeck.
Kurt Wagner, Tischler, Waldheim.
Karl Wegener, Tischler, Burg.
Otto Weib, M.-A., Bremerhaven.
Robert Wiedemann, Tschl., Herford.
Otto Widder, Hildburghausen.
Carl Wilhelm, Tischler, Leipzig.
Otto Wilke, Brandenburg a. d. H.
Adolf Winkler, Tischler, Forst.
Johann Wittich, Tschl., Bremerhaven.
Christoph Wolf, Schreiner, Erlangen.
Kurt Wolf, Bildhauer, Herford.
Karl Wuttge, M.-A., Köln.
August Zentke, Tischler, Stolp.
Otto Zimmermann, Pirna.

Chreihrem Andenkenl

Aus der Holzindustrie.

Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes.

Zu dem Ergebnis der in Nürnberg geführten Verhandlungen wird der Arbeitgeber-Schutzverband in einer auf den 2. September nach Berlin berufenen Generalversammlung Stellung nehmen. Diese Generalversammlung tagt also gleichzeitig mit unserer Städtekonferenz, die sich mit der gleichen Angelegenheit beschäftigt.

Schuhindustrie und Holzsandalenfabrikation.

Infolge des Ledermangels hat die Holzindustrie durch die Herstellung von Holzsandalen eine größere Bedeutung für die Versorgung der Bevölkerung mit Fußbekleidung erlangt. Eine Anzahl von Holzindustriellen, die im Verband deutscher Schuhmacher-, Holzsandalen- und Holzschuh-Fabriken vereinigt sind, ist an der Herstellung dieses Artikels interessiert. Die Produktion ist jedoch nicht frei. Die Reichsbehörde für Schuhproduktion hat drei Typen von Sandalen für die Herstellung zugelassen. Der Ueberwachungsanspruch für die Schuhindustrie hat in dieser Frage mitzubestimmen, und der Hauptverteilungsanspruch des Schuhhandels regelt die Produktion durch die Verteilung der Aufträge an die Fabriken. Die genannten Körperschaften sind Reichsbehörden, die in engen Beziehungen zu der Schuhindustrie stehen, und durch ihr Wirken, welches durch eine Bundesratsverordnung vom 17. März 1917 gestiftet ist, fühlen sich die Holzindustriellen, die sich der Herstellung von Sandalen zugewendet haben, benachteiligt. Es wurden Aufträge zur Lieferung von 1 Millionen Paar Sandalen vergeben. Die Lieferfrist war sehr kurz bemessen, die Einstellung der Betriebe auf den neuen Artikel erforderte umfangreiche Vorbereitungen, so daß die dem vorgeschriebenen Termin nur wenig geliefert war. Am 15. August ist aber die Verstellungs- und Vertriebsanweisung abgegangen, und die Weiterherstellung ist bei Strafe verboten. Nun haben die Fabriken große Vorräte an vorbereiteten Materialien, dürfen sie aber nicht weiterverarbeiten, und sie müssen damit rechnen, daß die Aufträge nun den Schuhfabrikanten übertragen werden, die den natürlich Holzbearbeitungsabteilungen einzurichten und die die Erfahrungen aufs neue machen müßten, welche die Holzindustriellen mit Mühe und Kosten gemacht haben, aber nicht ausnützen können.

Als Protest gegen diese Maßnahmen der Reichsbehörden hat die Sitzung gedacht, welche die Fachgruppe IV des genannten Verbandes am 10. August in der Handelskammer in Berlin veranstaltet hat. Diese Sitzung hatte für uns in erster Linie ein einziges Interesse, als auch der Vorsitzende unseres Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Kollege Leipart, zu dem eingeladen war. Er hat dieser Einladung Folge geleistet und Gelegenheit gefunden, sich dafür auszusprechen, daß die weitere Beschäftigung der Holzindustrie mit der Sandalenfabrikation gestattet werde. Die Ausführungen unseres Verbandsvorsitzenden haben den lebhaften Beifall der Versammlung gefunden, und Kollege Leipart wurde gebeten, sich der Sache anzuwenden, welche beantragt wurde, die Reichsbehörde der Holzindustrie der Reichsbehörde vorzutragen, daß der Handel sich hier um einer der Fälle, in welchen die Reichsbehörde der Unternehmer mit denen der Arbeiter übereinstimmen, und wo es einer der Fälle der Arbeiter fördert, wenn die Wünsche der Unternehmer unterliegt wer-

den. Diese wissen bei solchen Gelegenheiten den Wert des Zusammenwirkens zwischen den Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter zu würdigen. Wir wollen hoffen, daß die Fabrikanten in der gleichen Weise den Ausführungen unseres Verbandsvorsitzenden auch dann Beifall zollen, wenn er als Dolmetsch der Wünsche der Arbeiter ihnen gegenübertritt. Es ist nicht unmöglich, daß in Würde die Probe auf dieses Exempel gemacht wird. Durch solches gelegentliches Zusammenwirken zur Förderung gemeinsamer Berufsinteressen wird der natürliche Gegensatz zwischen den besonderen Interessen der Unternehmer und der Arbeiter nicht aus der Welt geschafft, wir haben auch gar keinen Grund, ihn zu verschleiern. Das darf uns aber nicht hindern, die Wohlfahrt des Gewerbes zu fördern, wenn auch der unmittelbare Nutzen aus der Aktion den Unternehmern zufließt und die Arbeiter nur indirekt daraus Vorteil ziehen.

Der Verband deutscher Pianofortefabrikanten.

Die Verschmelzung der beiden Organisationen der Pianofortefabrikanten, des „Vereins deutscher Pianofortefabrikanten“ (Sitz Leipzig) und der „Freien Vereinigung deutscher Pianofortefabrikanten“ (Sitz Berlin), ist vollzogen worden. Am 6. Juli hielt der Verein deutscher Pianofortefabrikanten zu Leipzig seine Hauptversammlung ab. Der Verein, der in diesem Jahr auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken kann, zählt 73 Mitglieder. Aus dem nach Kolzweg der Wahlen erstatteten Geschäftsbericht des geschäftsführenden Vorsitzenden, Kommerzienrat Feurich, geht hervor, daß der Zusammenschluß der beiden Organisationen auf Antrag von Orottrien (Braunschweig) einstimmig und ohne Debatte angenommen wurde. Die durch die Verschmelzung gebildete neue Organisation führt den Namen „Verband deutscher Pianofortefabrikanten“ und hat ihren Sitz in Berlin. In der Versammlung wurde betont, daß es keine Firma von einigermaßen Bedeutung und Ruf gäbe, die nicht im neuen Verein Sitz und Stimme hätte. Die Arbeiter der Pianofortefabrikation sind bei weitem nicht so gut organisiert wie ihre Unternehmer. Es wäre aber an der Zeit, daß sie sich diese zum Nutzen nehmen, wenn sie verhindern wollen, daß sie unter die Räder kommen.

Gewerkschaftliches.

Scharfmacher und Regierung.

Wie eine Löwin ihre Jungen, so beschützt und verteidigt das Scharfmacherium die Gelben. Vor kurzem hatte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in Berlin, die als das Sprachrohr der Reichsregierung betrachtet wird, geschrieben, daß der Wert unserer deutschen Arbeiterorganisationen für die nationale Volksgemeinschaft durch das Kriegserlebnis in den weitesten Volkstreffen erkannt worden sei. Es müßte daher als doppelt bedauerlich bezeichnet werden, daß immer wieder geglaubt werde, man könne durch die mit finanziellen Mitteln künstlich großgezogenen sog. gelben Organisationen Störungsversuche gegen die Entwicklung des unabhängigen Organisationsgedankens auslösen. Ueberdies wurde dem „wirtschaftsfriedlichen“ Wagnis der Gelben zum Vorwurf gemacht, daß sie die zum Schutz des deutschen Wirtschaftslebens während des Krieges erforderlichen zureichenden staatlichen Maßnahmen als schädlich bekämpften. Neben dem Staatssozialismus gehörte gerade

der Organisationsgedanke der Arbeitnehmer zu jenen Kräften, die unsere nationale Volksgemeinschaft zur höchsten Machtenfaltung und zum Wohle des deutschen Volkes nicht nur in der Kriegszeit, sondern auch während der Friedenszeit brauche.

Diese Anerkennung der freien Organisationen und diese Verwerfung der gelben hat natürlich den Zorn der Scharfmacher erregt. In der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ zieht der Oberbeschäftigter von Reischwig höchst eigenhändig dagegen zu Felde. Er weist darauf hin, daß eine große Anzahl von Regierungsvertretern, die noch heute im Amt seien, noch vor wenigen Jahren erklärt hätten, sie erblickten in der „nationalen und wirtschaftsfriedlichen“ Arbeiterbewegung (also den Gelben) den Ausfluß eines gesunden Widerstandes gegen die politische und wirtschaftliche Unversöhnlichkeit der Kampfgewerkschaften. Der erwähnte Artikel stelle der Anteilnahme seines Verfassers kein glänzendes Zeugnis aus, und das von ihm verbrochene „oberflächliche Geschwätz“ könne sehr wohl aus der Meinungsfabrik jener politischen Drahtzieher stammen, die der sozialdemokratischen und der freisinnigen Presse Geist und Leben einhauchten. Der Artikelschreiber versteige sich zu einer Verherrlichung des Klassenkampfgedankens und der Kampfgewerkschaften, die an eine Preisgabe ihrer vor dem Kriege verfolgten Ziele gar nicht dächten. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und ihre Schriftleitung habe keine Ahnung von den einschlägigen Verhältnissen, denn sie wiederhole nicht nur fast Wort für Wort die festsam bekannnten Einwände der radikalen Arbeiterpresse gegen die wirtschaftsfriedliche Bewegung, sondern sie schreie sogar nicht davon zurück, ihre früheren günstigen Urteile über diese Bewegung lägen zu strafen. Der unqualifizierbare Ausfall gegen die nationale wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung sei „eine kolossale Dummheit“, insofern man aus Rücksicht auf die radikalen Gewerkschaften die Träger einer Bewegung vor den Kopf stoße, an deren ehrlischer und überzeugter Vaterlandsliebe und treuer monarchischer Gesinnung niemand einen Zweifel hegen könne.

Nach scharfem geht in der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ deren Schriftleiter, Dr. Tänzler, gegen den fraglichen Artikel vor, trotzdem er eigentlich wegen der Naivität der Ausführungen, der Oberflächlichkeit des Urteils, der schiefen Logik und des mangelhaften Deutsch keine Beachtung verdienen. Aber weil er in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, dem Organ der Regierung, steht, müsse man sich mit ihm beschäftigen. Die Öffentlichkeit habe ein Recht, von der Regierung eine Erklärung zu verlangen, ob sie mit dem Inhalt des Artikels einverstanden sei oder nicht. Bleibe eine solche Erklärung aus, so sei die Annahme berechtigt, daß die Regierung den Standpunkt des Verfassers teile. Wenn dies aber richtig sei, so werde die Unternehmerschaft daraus die nötigen Folgerungen ziehen und alle Regierungsmaßnahmen danach beurteilen. Zur Erhaltung des Unternehmerstandes, die das allerwichtigste Staatsbedürfnis darstelle, wären denn die Arbeitgeber gezwungen, so bedauerlich dies auch vom Standpunkt des Bürgerfriedens aus sei, sich mit jedem möglichen Mittel durchzusetzen.

Die Arbeitgeber drohen also der Regierung den Kampf mit allen Mitteln an, wenn sie dabei beharrt, die freien Gewerkschaften als Werkzeuge zur Hebung des Volkswirtschaftsstandes anzuerkennen und die gelben Organisationen als Schädlinge abzulehnen. Man

darf auf die Entwicklung dieses Kampfes gespannt sein. Hoffentlich klappt die Regierung nicht wieder vor dem Stützpunkt der Scharfmacher zusammen und wirft ihre aus Erfahrungen der Kriegszeit geschöpfte bessere Taktik über Bord. Dieser Triumph des Scharfmachertums würde zweifellos dem Ausbeutertum Vorteile bringen, den wirtschaftlichen Wiederaufbau des deutschen Volkes aber auf schwerste schädigen. Für eine einsichtige Regierung, der das Volksinteresse höher steht als das Ausbeuterinteresse, kann die Wahl doch wirklich nicht schwer sein.

Die Lohnbewegung im Baugewerbe.

Der Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hält hartnäckig an der Auffassung fest, daß der mit den Bauarbeiterverbänden abgeschlossene Vertrag den Bauarbeitern verbiete, während der Vertragszeit mit der Forderung nach neuen Teuerungszulagen an die Unternehmer heranzutreten. Die fortgesetzte riesige Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse macht aber den Arbeitern das Auskommen mit den bisherigen Löhnen unmöglich, und den Vorständen der Gewerkschaften des Baugewerbes wird es immer schwerer, die Bestimmung des Vertrages aufrechtzuerhalten, welche sie verpflichtet, den Bestrebungen der Arbeiter auf Erhöhung der Kriegsteuerungszulage als vertragswidrig entgegenzutreten.

Das Beharren der Unternehmer auf ihr formales Recht in einer Zeit, in der dieser Standpunkt unmöglich aufrecht erhalten werden kann, hat eine sehr gespannte Situation geschaffen. Der „Grundstein“, das Organ des Bauarbeiterverbandes, überschreibt den Leitartikel seiner letzten Nummer: „Nur kennt kein Gebot.“ Nach einer Schilderung der augenblicklichen Lage wird der Brief wiedergegeben, den die Vorstände der Arbeiterverbände am 3. August an das Reichswirtschaftsamt gerichtet haben. Darin wird dieses gebeten, recht bald eine Aussprache zwischen den Parteien zu veranstalten. Das Reichswirtschaftsamt hat darauf geantwortet, daß nach einer Mitteilung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe dessen geschäftsführender Ausschuss am 29. August zur Frage der Gewährung einer neuen Teuerungszulage Stellung nehmen wird. Sollte er die alsbaldige Aufnahme der Verhandlungen ablehnen, dann würde das Reichswirtschaftsamt eine gemeinsame Sitzung unter amtlicher Leitung veranstalten. — Hoffentlich kommen auch die Unternehmer des Baugewerbes noch zu der Einsicht, daß es klüger ist, die Zeitverhältnisse zu berücksichtigen, statt durch hartnäckiges Versteifen auf das formale Recht die Gefahr einer Explosion heraufzubeschwören.

Eingefandt.

Zum Städtetag.

Die im November 1917 abgeschlossene Vereinbarung hat für die Kollegenschaft Ungenügendes gebracht. Diese Erkenntnis hatten naturgemäß schon bei Abschluß der damaligen Verhandlungen viele Kollegen. Sie sagten offen heraus: Solche Vereinbarung, lieber keine. Wichtig für sie war auch, daß keine Senkung getroffen worden war, die ihnen das Recht einräumte, bei Steigerung der Teuerung neue Forderungen zu stellen. Durch das Akzeptieren der Vereinbarung ohne diese Bestimmung hatte der Verband als solcher, insbesondere der Vorstand, ein gut Teil seiner Machtmittel für eine gewisse Zeit aus der Hand gegeben. Gegenüber der Kollegenschaft in vorwärtsdrängender Weise zu wirken

wurde dem Vorstand stark beschränkt. Er geht nun schon lange nicht mehr voran, sondern hintenan. Ein gutes Beispiel ist hierfür die jetzige Lohnbewegung. Es war kein schönes Bild, als die Kollegen u. a. auch in Berlin sich höheren Verdienst erkämpfen wollten, der Vorstand sich in abweisender Art verhielt. Er ließ wissen, die Vereinbarung hindere ihn, dieses Vorgehen als eine Sache des Verbandes zu betrachten, und könne er es deshalb nicht fördern. Es wird meinerseits gewiß nicht gepredigt: der Vorstand allein solle, müsse und könne alles Notwendige für die Kollegenschaft herausholen; ich muß aber auf das Charakteristische hinweisen, welches sich in der Tatsache kundgibt: die Tarifverträge haben nun schon den Vorstand in eine Art Defensive gedrängt. Ich finde ihn nur in ausgleichender, streitschlichtender Art tätig. Ich finde das bedauerlich und erhoffe von einer mehr streitsuchenden — man möge mich nicht mißverstehen —, d. h. eine die Kollegenschaft vorwärtstreibenden Tätigkeit durch den Vorstand zeitgemähere Erfolge. Ich bin kein Gegner der Tarifverträge an sich. Das verpflichtet aber nicht, jedem Vertrag seine Zustimmung zu geben. Ich wende mich gegen die Ausartung des Tarifvertragsgedankens, wie ich sie kurz andeutete. Und nochmals: Solch Tarifvertrag, lieber keinen.

Laut Bericht unserer Zeitung sah sich der Vorstand veranlaßt, nachdem in verschiedenen Orten die Kollegen in Lohnbewegungen eintraten, regelnd in die Bewegung einzugreifen. Wie tat er das nun? Die Zeitung berichtet, auf der Städtetage wurde anerkannt, der Vorstand habe auch diesmal gute Vorarbeit geleistet. Dem Urteil kann ich mich nicht anschließen. Ich verweise hierbei auf seine Mahnung gegenüber Berlin und anderen Orten, als dort die Kollegen in Lohnbewegungen eintraten. Besonders in Berlin wurde dies Zurückweichen als eine ganz nette Backpfeife empfunden. Wie können sie auch nur selbständig vorgehen. Zum Teil war es für die nur allzu langgefunten Kollegen natürlich ein willkommener Entschuldigungsgrund. Gewiß wäre ein Ermuntern und Auffordern der Kollegen durch den Vorstand, energisch zeitgemäße Teuerungszulagen durchzudrücken, als wider den Wortlaut der Vereinbarung verstoßend anzusehen. Wir müssen uns aber darüber hinwegsetzen. Sind es doch nicht bloße Streitsucht und böser Wille, die uns leiten bei unserem Vorgehen, sondern die ganz unerhörte Teuerung und das, was diese werden und ständig steigen läßt. Es ist eben notwendig, der Kollegen Wollen stärken helfen. Und weil auch ich es mir nicht verhehle, daß ein reelles vorwärtstreibendes Wollen und Auftreten nur in einem Teil der Kollegenschaft vorhanden ist, halte ich es doppelt falsch, das Vorhandene vor den Kopf zu stoßen, wie es der Vorstand mit seinem Schreiben an die Ortsverwaltung Berlin getan hat.

Keine gute Vorarbeit ist meines Erachtens auch die Bemühung des Vorstandes in bezug auf das Spezialisieren der Mindestlohnsätze, der Arbeiterkategorien. In auffällender Weise werden den Unternehmern die Argumente entnommen, ihnen Rechnung getragen. Jedoch will ich nur betonen: Für kommende Zeiten haben wir uns in dem Vertrage schon übergenug betreffend Klasseneinteilung, Mindestlohnunterschiede usw. festgelegt. Weisen wir entschieden zurück eine verschiedenartige Festsetzung von Mindestlöhnen nach dem Alter, der Beschäftigungsdauer, für gelernte und angelernte Facharbeiter und -arbeiterinnen usw. Es freut mich, daß der Städtetag auf diese Sache nicht eingegangen ist und dem Vorstand nicht die Sanktion erteilt hat, in dieser Ausartung eventuell der Vertragsverlängerung zuzustimmen.

Kurz noch einige Bemerkungen zu der Frage betreffend Austritt aus dem Volksbund für Freiheit und Vaterland. Vom Vorstand wird nun anerkannt, daß der Bund die auf ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt habe. Er sagt, daran tragen zum großen Teil die Gewerkschaftsmitglieder die Schuld. Der Vorstand verkennt da gründlich die wahren Ursachen. Die Gewerkschaftsmitglieder haben keine Lust, sich an der Nase herumführen zu lassen. Gar viele führende Personen des Volksbundes täten gut, sich als Mitglieder der Vaterlandspartei zu betätigen. Die andern sind gefärbten sind sehr unsichere Kantonsisten. Für Freiheit und andere gute Dinge kämpft es sich reeller allein. Der Volksbund war ein innerlich zerrissenes Gebilde mit Beginn seines Auftretens. Und das hat leider der Vorstand bei der Gründung nicht erkannt. Das ist nicht weislich sich zeigen. Die Mitglieder vielerorts sahen das Gebilde schon ein stürzen, ehe es fertig war. — Im übrigen warten auch viele Mitglieder unseres Verbandes mit Ungebuld auf den kommenden Verbandstag. Sie wollen abrechnen mit dem Vorstand, mit seiner Politik während des Krieges.

W. Ulin ski (Berlin).

Eine weitere Zuschrift in dieser Angelegenheit ist uns vom Kollegen Heinrich Mayrhofer gleichfalls aus Berlin zugegangen. Sie bewegt sich in den gleichen Gedanken gängen wie die vorstehende und kritisiert außerdem die schnelle Einberufung der Städtetage, wodurch es den Mitgliedern nicht möglich war, die Delegierten zu wählen. Die Wahl mußte in einer Sitzung der Ortsverwaltung vorgenommen werden. Des weiteren betont die Zuschrift die Notwendigkeit einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit.

U n m e r k u n g d e r R e d a k t i o n. Die wiedergegebene Zuschrift verrät ein Bemerkenswert geringes Verständnis für Vertragsfragen und dazu Unkenntnis tatsächlicher Vorgänge. Wir versagen es uns, auf die verschiedenen Vorwürfe, die gegen den Vorstand erhoben werden, an dieser Stelle einzugehen. Obwohl selbst Mitglied des Verbandes, hat es der Kollege Ulin ski nicht für erforderlich erachtet, an der entscheidenden Sitzung des Vorstandes mit den Bauvorstehern zur Beratung der Vertragsfragen teilzunehmen. Nachdem er es schuldhaft versäumt hat, seine Erfahrungen auf dem Gebiet des Vertragswesens in gemeinsamer Arbeit mit den übrigen Vorstandsmitgliedern zu verwerten und seine Stimme zur Förderung des Wohles der Kollegenschaft in die Waagschale zu werfen, steht es ihm schlecht an, jetzt den öffentlichen Ankläger zu spielen und an der Arbeit des Vorstandes, dessen Mitglied er ist, herumzunörgeln. Gegen eine solche Art Pflichterfüllung, die in diesem Falle nicht zum ersten Male in Erscheinung tritt, muß entschieden Einspruch erhoben werden.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.
(Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg)

Sitz des Aufsichtsrats.

Laut Beschluß der Generalversammlung in Hamburg ist Aktiona. d. Elbe wieder als Sitz des Aufsichtsrats bestimmt worden. Als Vorsitzender wurde der Unterzeichnete in der konstituierenden Sitzung gewählt.

Alle Sendungen für den Aufsichtsrat sind zu richten an Aug. R n ö c h e l, Vorsitzender, Wisludenstr. 40, 11.

Gestorbene Mitglieder.
 Albin Bruno Langer, 50 Jahre, gest. in Jöhstadt.
 Richard Fide, Stuhlbauer, gest. in Rabenau.
 Emil Peger, Tischler, 36 Jahre, gest. in Danzig.
 Gustav Meng, 36 Jahre, gest. in Perleberg.
 Georg Wittmann, 44 Jahre, gest. in Heidelberg.
 Ernst Eichhorn, 31 Jahre, gest. in Stendal.
 Ehre ihrem Andenken.

2-3 Tischlergesellen auf furnierte Möbel (Schlafzimmer) nach Klein. Ort gesucht. Auch für Verheiratete geeignet. Friedr. Kielbergs Nachf., Rietzstraße, Gerswalde (Märk.).

Zwei durchaus tüchtige Tischlergesellen auf demoretsche einfache Möbel für sofort gesucht. Erich Boche, Barnitz (Märk.).

Einen Tischler, welcher an Maschine arbeitet, und mehrere Arbeiter auf einfache Möbel für sofort stellt nach Carl Rewes, Langerhütte.

Einige tüchtige Tischler gesucht. Gebr. Heilig, Hamburg, Eternitätsstraße 7, 11.

Erfahrener christl. Kaufmann mit vorläufig ca. 20000 Mk. hat mehr Kapital, sucht tüchtigen Fachmann, alsbaldig, welcher Spezialitäten, welche Gründungen oder Kauf eines kleinen Geschäftes (z. B. Metzgerei, Bäckerei, etc.) sehr mitfühlend, persönlich, dessen praktisches Wissen u. Können vorrangig ist, wobei sich auch eigene Arbeit zur Hebung der Sache eignen kann. Interessante Partien sind anzubieten. Briefl. Angebote erbitten unter J. C. R. 24 an Adolph Meffe, Frankfurt am Main.

Erfahrener und durchaus selbständiger Meister zum möglichst baldigen Eintritt für unsere Tischlereiabteilung gesucht. Pandstadt & Schulz, Goldap (Ostpreußen).

Modellschreiner, mehrere tüchtige, sehr sauber und solid arbeiten können, gesucht. Modellfabrik Albert Gottwid, Stuttgart, Senefelderstr. 63.

Tüchtige Maschinenarbeiter und Fräser finden Beschäftigung bei F. Söhmer, Holzwarenfabrik, Bamberg.

Für mein neu erbautes Sägewerk mit Holzbearbeitungsfabrik suche ich mehrere tüchtige Gatterschneider für Bohr- und Horizontalgatter sowie Arbeiter für Hobelmaschinen, Fräsen usw. per sofort. Franz Lehmann, Fürstenberg (Mecklenburg).

1 tüchtiger Bilderrahmenschreiner, 1 Vergoldergehilfe sofort gesucht. Knappgewerbliche Werkstätten Josef Thomas, Mannheim M 4, 1.

Tüchtige Drechsler sofort gesucht. S. Reher, Drechslermeister, Flensburg, Angelburger Straße 6.

Einige Korbmacher auf Gematt für sofort gesucht. S. Meyer, Kirchwärdler bei Hamburg, Nr. 152.

Zwei Korbmacher a. Geschloßförbe (98er) stellt ein Fr. Bethmann, Pettstedt (Südharz).

Freihandbohrer a. Hartenholzer und 1 Bandlöcherer verl. Gudmann, Berlin, Bernauer Str. 79.

Tüchtige Bürstenmacher zum Wischen und Säubern sucht Hochhaartzu- richterei Lederhaus Brud & Kassel, G. m. b. H., Frankfurt (Schlesien).

Bürstenmacher auf Borstenzurichten und für Haarpuben gesucht. Emil Siewers, Lübeck, Margaretenstr. 11.

Tüchtiger Pantinenmacher zur Herstellung von Holzsohlen wird zum sofortigen Eintritt gesucht. Karl Lemmerbrock, Holzsohlenfabrik, Neuenkirchen (Kr. Melle).

TISCHLER-FACHSCHULE DETMOLD
 Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen. Beschriftet von vielen Kriegsbeschädigten-Fürsorgestellen. Auskunft durch die Direktion: B. Kollmer.

Werkzeug - Neuheiten.
 Preislisten gratis und franko! Otto Bergmann, Berlin SO., Oppenowstr. 31.

Sportschlittenkufen
 Esche geb. 100 120 140 160 cm Holzlänge
 4, 5, 5,5 - 7,5 Mk. für 1 Paar bis 200 cm lieferbar.
 MAX WALTHER
 Dresden 22, Rehefelder Strasse 51.

1200 Holzstücke,
 37x67 und 44x74 cm Blattgröße, 65 cm Höhe, teilweise mit Zwischenplatte und aufklappbarem Abstellbrett, hat billig abzugeben
 W. v. Szymanowski,
 Berlin-Schöneberg, Kolonnenstraße 25.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.
 Verwaltung vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband

Wochenbericht vom Sonnabend, 17. August, bis Freitag, 23. August 1918.
 A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.
 C = Gemeidete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Tischler			Möbel- macher			Maschinen- arbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt			
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	
Berlin . . .	8	27	59	22	54	16	62	8	29	1	8	66	103	158	22	283						
Bremen . . .	2	—	3	2	—	1	1	1	—	—	—	—	2	—	—	7	4	1				
Breslau . . .	—	—	2	10	—	2	4	2	1	2	—	—	2	5	1	7	21	5				
Celle . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
Chemnitz . . .	1	4	—	1	19	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	2	28	—		
Eisenburg . . .	—	—	—	1	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	1	3	8		
Forst . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Hamburg . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Hannover . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Serford . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Leipzig . . .	—	—	—	4	78	—	10	5	—	212	—	2	—	—	—	4	8	4	20	105	4	
Süßee . . .	2	—	3	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	8	
Zusammen . . .	11	6	29	73	110	54	281	65	115	29	1	2	8	74	17	116	198	100	301			
Vor. Woche . . .	12	7	41	50	74	50	25	8	59	15	1	21	6	—	—	3	60	8	118	168	98	292

NB. Untere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweise zu benutzen.